



Zwei Drittel von über 1100 befragten Bundestagskandidaten wollen schnellere Energiewende

Zwei Drittel von über 1100 befragten Bundestagskandidaten wollen schnellere Energiewende
Berlin: "Im zu Ende gehenden Bundestagswahlkampf spielten Umwelt-, Klima- und Energiethemen leider nur eine Nebenrolle. Trotzdem sind zwei Drittel von über 1100 befragten Bundestagskandidaten dafür, die Energiewende zu beschleunigen. Auf diese parteiübergreifende 'Energiewende-Fraktion' setzen wir. Sie ist es, die das Erneuerbare-Energien-Gesetz verteidigen und den sofortigen Ausstieg aus der gefährlichen Atomkraft durchsetzen muss", so das Fazit von Hubert Weiger, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) nach über drei Monaten Wahlkampf, in denen sein Verband die Bundestagskandidaten einem "Öko-Check" unterzog. Der BUND hatte rund 1500 der auf 80 Landeslisten kandidierenden Bundestagsanwärter der fünf großen Parteien angeschrieben und u. a. nach ihrer Meinung zur Energiepolitik befragt. Dem Umweltverband antworteten 1116 Kandidaten. Von der FDP befürworten 14 Prozent den schnelleren Umstieg auf erneuerbare Energien, 32 Prozent sind es bei CDU/CSU, 43 Prozent bei der SPD, 97 Prozent bei der Linken und 99 Prozent bei Bündnis 90/Die Grünen. Von 261 SPD-Befürwortern der Energiewende relativieren jedoch 144 ihre uneingeschränkte Zustimmung zu deren Beschleunigung, indem sie die Kohleverstromung als "Brückentechnologie" hin zu einer Stromversorgung aus 100 Prozent erneuerbaren Energien bezeichnen. Von 60 im "Kohleland" Nordrhein-Westfalen für die SPD kandidierenden Personen votieren immerhin 18 Kandidaten gegen die weitere Kohleverstromung. "Nicht nur in der Bevölkerung ist die Zustimmung zur Energiewende, zum schnellstmöglichen Atomausstieg und zum beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien hoch", sagte der BUND-Vorsitzende. "Auch den meisten Bundestagskandidaten ist klar, dass sie ihrer Rolle als Volksvertreter nur gerecht werden, wenn sie Politik für mehr Klima- und Ressourcenschutz machen", so Weiger. Der BUND-Vorsitzende kündigte an, die in den nächsten Deutschen Bundestag gewählten Kandidatinnen und Kandidaten beim Wort nehmen zu wollen. Schon bei den kommenden Koalitionsverhandlungen gehe es darum, das erfolgreiche Gesetz zur Förderung der erneuerbaren Energien gegen die vor allem von der FDP geführten Angriffe zu verteidigen. Hinweis: Im Internet können die Wählerinnen und Wähler unter www.bund.net/kandidatencheck bis zum 22. September und darüber hinaus die Kandidaten ihres Wahlkreises sowie deren Antworten auf die BUND-Fragen nach Wahlkreis, Wohnort oder Namen prüfen. Weitere Informationen: Dr. Norbert Franck, Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim BUND, Tel. 030-27586-489 bzw. Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher, Tel. 030-27586-425, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

presse@bund.net, www.bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

presse@bund.net, www.bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.